

# *Satzung des Bernhardiner Club Deutschland e.V.*

## *I. Abschnitt: Allgemeiner Teil*

### *§ 1 Name, Sitz, Verband, Zugehörigkeit*

- 1. Der Verein führt den Namen "Bernhardiner Club Deutschland e.V." i. A. BCD. Er wurde am 17.04.1987 gegründet und ist unter Nr. 12 182 am 21.09.1987 in das Vereinsregister beim Amtsgericht München eingetragen.*
- 2. Der Verein hat seinen Sitz in München.*
- 3. Der Verein ist ordentliches Mitglied im Verband für das Deutsche Hundewesen (VDH) e.V., der seinerseits Mitglied bei der Federation Cynologique Internationale (F.C.I.) ist. Der Verein und seine Mitglieder unterwerfen sich der Satzung des VDH und seiner Ordnungen in der jeweils geltenden Fassung. Entsprechendes gilt hinsichtlich der Beschlüsse des VDH-Vorstandes, der Mitgliederversammlungen und bezüglich der von der F.C.I. vorgeschriebenen Regelungen. Der Verein verpflichtet sich ferner, seine Satzung und seine Ordnungen denen des VDH binnen 24 Monaten nach Inkrafttreten der jeweiligen Änderungen anzugleichen, wenn nicht andere Fristen vorgeschrieben sind. Im Fall von Rechtsstreitigkeiten aus der Zugehörigkeit zum VDH wählt der Verein unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges den Verbandsrechtsweg.*

### *§ 2 Zweck*

- 1. Der Verein versteht sich als Rassehunde-Zuchtverein im Sinne der Satzung des VDH. Zweck ist die Reinzucht der Rasse Bernhardiner nach dem bei der F.C.I. hinterlegten (gültigen) Standard Nr. 61-2.2.. Demgemäß fördert der Verein alle Bestrebungen, die der Erfüllung dieses Zwecks dienen. Dabei ist Grundlage die Erhaltung und Festigung dieser Rassehunde in seiner Rassereinheit, seinem Wesen, seiner Konstitution und seinem formvollendetem Erscheinungsbild.*
- 2. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Vorschriften über "Steuerbegünstigte Zwecke" der §§ 51 ff AO. Der Satzungszweck wird insbesondere durch Förderung der Kleintierzucht nach Maßgabe des Absatzes 1 und mit den Mitteln des § 3 verwirklicht. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keinerlei Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Außerdem darf keine Person durch Ausgaben, die dem gesetzten Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßige hohe Vergütungen begünstigt werden.*

### **§ 3 Mittel zum Zweck**

*Als Mittel zur Durchsetzung des Satzungszwecks dienen insbesondere:*

- 1. Festsetzung der Zuchtordnung unter Beachtung der Mindestvoraussetzungen der VDH-Zucht-Ordnung.*
- 2. Festsetzung der Richtlinien für das Heranbilden und Ernennen der Zuchtrichter sowie deren Einsatz auf Zuchtschauen.*
- 3. Führung und Herausgabe eines eigenen Zuchtbuches nach Maßgabe der VDH-Zuchtordnung sowie Einrichtung eines Zuchtbuchamtes.*
- 4. Bezug und Verbreitung der BCD Mitteilungen – Bernhardiner Post.*
- 5. Unterstützung der Züchter durch Nachweis geeigneten Zuchtmaterials und durch Zuchtberatung durch gesondert geschulte Zuchtwarte sowie Feststellung einer Zuchtwartordnung.*
- 6. Einrichtung einer Welpenvermittlungsstelle.*
- 7. Einrichtung einer Geschäftsstelle.*
- 8. Veranstaltung von Zuchtschauen, sowie die Wahrnehmung der vom VDH ausgeschriebenen Zuchtschauen durch Anschluß von Sonderschauen.*
- 9. Beachtung tierschützerischer Belange und tierschutzrechtlicher Vorschriften bei der Zucht, Haltung und Pflege von Hunden.*
- 10. Bekämpfung jeder Form des kommerziellen Hundehandels.*
- 11. Aufklärung und Information der Öffentlichkeit über Fragen des Hundewesens, insbesondere im verantwortungsbewußten Umgang mit Hunden.*
- 12. Förderung des allgemeinen Interesses am Bernhardiner.*

### **§ 4 Aufbau**

- 1. Der Verein umfaßt das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.*

### **§ 5 Geschäftsjahr, Erfüllungsort**

*Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Erfüllungsort ist der Sitz des Vereins.*

## **§ 6 Organe des Vereins**

*Organe des Vereins sind:*

1. *die Mitgliederversammlung*
2. *der Vorstand, und zwar*
  - 2.1 *der Gesetzliche Vorstand,*
  - 2.2 *der Engere Vorstand*
  - 2.3 *der Erweiterte Vorstand*

## **§ 7 Bindungswirkung**

1. *Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung und des Vorstandes sind für alle Mitglieder bindend, soweit sie nicht in Widerspruch mit dem Recht der F.C.I. und/oder dem Recht des VDH stehen.*

## **II. Abschnitt: Mitgliedschaft**

### **§ 8 Allgemeines**

- 1. Mitglied des Vereins kann jede geschäftsfähige Person werden. Minderjährige bedürfen der Einwilligung ihrer gesetzlichen Vertreter.*
- 2. Das Mitglied verpflichtet sich, die Bestrebungen des Vereins zu fördern und die in der Satzung festgelegten Bestimmungen einzuhalten, insbesondere die Beschlüsse der Organe zu befolgen und auch für sich den Vorrang des Verbandsrechts nach Maßgabe des § 1 Absatz 3 anzuerkennen. Unbeschadet disziplinarrechtlicher Maßnahmen kann das Mitglied bei Verstößen gegen § 19 mit Zuchtverbot und/oder Zuchtbuchsperrung belegt werden. Näheres zu Art, Umfang und Dauer von Zuchtverbot und Zuchtbuchsperrung und über das durchzuführende Verfahren regelt die Zuchtordnung.  
Zuchtrichter können unbeschadet disziplinarischer Maßnahmen nach § 19 mit einem zeitlich befristeten oder mit einem Verbot auf Dauer von der Zuchtrichtertätigkeit ausgeschlossen werden. Näheres hierzu regelt die Zuchtrichterordnung.*

### **§ 9 Anmeldung**

- 1. Die Anmeldung zur Mitgliedschaft erfolgt bei der Geschäftsstelle des Vereins. Über den schriftlichen Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand nach eigenem Ermessen. Bei Ablehnung des Antrages ist er nicht verpflichtet, dem Antragsteller die Gründe mitzuteilen.*

### **§ 10 Erwerb der Mitgliedschaft**

- 1. Die Mitgliedschaft wird erworben durch Aufnahme des Mitglieds.*
- 2. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Aufnahmebestätigung*

### **§ 11 Ausschluss von der Mitgliedschaft**

- 1. Personen, die einer vom VDH oder der F.C.I. nicht anerkannten Organisation auf dem Gebiet der Rassehundezucht oder des Hundesports angehören;*
- 2. Nicht als Hundehändler gilt, wer als ordentlicher Züchter und Halter im Sinne der VDH-Satzung lediglich aus Gründen der Liebhaberei (Hobby) die Zucht und/oder Ausbildung nach kynologischen Grundsätzen betreibt und fördert. Dem steht die tierschutzrechtliche Verpflichtung zur Beantragung einer Genehmigung als Hundezüchter nicht entgegen. Züchter wie Halter, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen, gelten als dem kommerziellen Hundehandel im Sinne dieser Satzung zugehörig.*
- 3. Personen, von denen erst nach erfolgtem Beitritt bekannt wird, dass sie entweder bereits vor ihrem Beitritt oder danach zu dem ausgeschlossenen Personenkreis gehören, sind durch Streichung aus der Mitgliederliste zu entfernen. Ihnen steht der vereinsinterne Rechtsweg nicht zu.*

4. *Personen, die aus einem anderen Mitgliedsverein des VDH ausgeschlossen wurden, sind verpflichtet, dieses bei der Antragsstellung anzuzeigen. Sie können erst Mitglied werden, wenn der frühere Mitgliedsverein binnen eines Monats nach schriftlicher Unterrichtung der Aufnahme nicht schriftlich widerspricht. § 9 Abs. 2 Sätze 3 und 4 gelten entsprechend. Beschließt der Vorstand die Aufnahme des von einem anderen VDH-Mitgliederverein ausgeschlossenen Antragstellers, hat er hiervon auch den früheren Mitgliedsverein zu unterrichten, der binnen eines Monats nach Zugang der Aufnahmemitteilung Gegenvorstellung zum VDH-Ehrenrat erheben kann, der dann über den Aufnahmeantrag endgültig entscheidet. Sätze 1 bis 4 dieses Absatzes gelten entsprechend für den Fall, dass das Ausschlussverfahren vereins- bzw. verbandsrechtlich noch nicht abgeschlossen ist. § 11 Abs. 3 gilt entsprechend für Personen, die sich unter Verletzung der Mitteilungspflicht nach Satz 1 und 5 dieses Absatzes ihre Aufnahme in den Verein erschlichen haben.*

### **§ 12 Beitrag**

1. *Die Höhe des Eintritts- und der Mitgliedsbeiträge werden von der Mitgliederversammlung festgelegt.*
2. *Der Mitgliedsbeitrag wird fällig im 1. Quartal eines jeden Geschäftsjahres. Er ist spätestens am 31. März eines jeden Geschäftsjahres zu entrichten.*

### **§ 13 Beitragsbefreiung, Beitragsermäßigung**

1. *Ehrenmitglieder sind vom Beitrag befreit.*
2. *Einen ermäßigten Beitrag zahlen Familienangehörige von Mitgliedern.*
3. *Personen, die ihre Mitgliedschaft nach dem 30.06. eines jeden Geschäftsjahres erwerben, zahlen für dieses Geschäftsjahr den halben Beitrag. Die übrigen bei Aufnahme fällig werdenden Forderungen des Vereins bleiben von dieser Regelung unberührt.*

### **§ 14 Ruhen der Mitgliedschaft**

1. *Die Mitgliedschaft ruht, wenn ein Mitglied seinen Beitrag nicht innerhalb der in § 12 genannten Frist gezahlt hat, von dem auf den Fristablauf folgenden Tag an. Während des Ruhens der Mitgliedschaft hat das Mitglied keinerlei Anspruch auf Leistungen des Vereins.*
2. *Die Mitgliedschaft lebt wieder auf, wenn das Mitglied den Beitrag für das laufende Geschäftsjahr bezahlt hat.*

### **§ 15 Erlöschen der Mitgliedschaft**

1. *Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, Austritt, Streichung oder Ausschluss.*
2. *Das Erlöschen der Mitgliedschaft führt zum Verlust aller von dem betroffenen Mitglied bekleideten Vereinsämter.*

## **§ 16 Erlöschen durch Tod**

*Beim Tode eines Mitglieds werden die für das laufende Geschäftsjahr entrichteten Beiträge nicht zurückgezahlt.*

## **§ 17 Erlöschen durch Austritt**

*Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung. Diese ist zum Schluss eines jeden Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zulässig und an die Geschäftsstelle des Vereins per Einschreiben zu richten.*

## **§ 18 Erlöschen durch Streichung**

- 1. Außer im Fall des § 11 Abs. 3 und 4 erfolgt die Streichung eines Mitgliedes nur, wenn es Beitragsforderungen oder sonstige Forderungen des Vereins nicht bis zum Ablauf des Geschäftsjahres, in dem die Ansprüche des Vereins fällig geworden sind, getilgt hat.*
- 2. Im Fall des Abs. 1 erfolgt die Streichung zum Schluss des Geschäftsjahres. Im Fall der verbotenen Mitgliedschaft erfolgt die Streichung mit sofortiger Wirkung ab Kenntniserlangung durch den Vorstand.*
- 3. Die Streichung erfolgt nach entsprechender Beschlussfassung und schriftlicher Weisung des Vorstandes. Der Anspruch des Vereins auf Geltendmachung seiner Forderung wird durch die Streichung nicht berührt.*

## **§ 19 Erlöschen durch Ausschluss**

- 1. Der Ausschluss kann erfolgen:
  - 1. bei vorsätzlicher oder grob fahrlässiger (schuldhafter) Verletzung des Vereins.*
  - 2. bei schuldhafter Schädigung der Interessen und des Ansehens des Vereins.**
- 2. Die Vereinsinteressen schädigt insbesondere, wer an der Veranstaltung jedweder Art einer der F.C.I. und/oder dem VDH entgegenstehenden Organisation teilnimmt; entsprechendes gilt von demjenigen, der durch eine Handlung oder Unterlassung den Hundehandel fördert oder sonst wie unterstützt.*
- 3. Ferner kann der Ausschluss erfolgen.
  - 1. bei einem die Zucht schädigendem Verhalten innerhalb und/oder außerhalb des Vereins;*
  - 2. bei schuldhaften Verstößen gegen die Zucht-, Zuchtrichterordnung und gegen Zuchtschaubestimmungen; hierzu gehören auch Eingriffe am Hund, die über dessen natürliche Beschaffenheit und Anlage hinwegtäuschen sollen;*
  - 3. bei unsportlichen und vereinswidrigem Verhalten; hierzu gehören u. a. ungebührliches Verhalten gegenüber einem Amtsträger und/oder einem Zuchtrichter, erhebliche Beleidigung oder haltlose Verdächtigung eines Mitgliedes, beharrliche Störung des Vereinsfriedens, ungebührliche Kritik an Beschlüssen der Organe;*
  - 4. bei rechtskräftiger Verurteilung zu schweren, ehrenrührigen Strafen, auch wenn sie erst nach Erwerb der Mitgliedschaft bekannt werden;**

5. bei Verstößen gegen das Tierschutzgesetz, insbesondere auch bei Verstößen gegen die Verordnung zum Halten von Hunden im Freien;
6. gegenüber Mitgliedern, die auch in einem anderen, dieselbe Hunderasse betreuenden Mitgliedsverein (Rassehunde-Zuchtverein) des VDH Mitglied und dort Träger eines Amtes und/oder züchterisch tätig sind (Verbot der Doppelmitgliedschaft).

4. Der Ausschluss hat zu erfolgen:

*Wer einer Person in Kenntnis ihrer Zugehörigkeit zu dem ausgeschlossenen Personenkreis nach § 11 Abs. 1 Gelegenheit zur Zucht und/oder zur Benutzung des Zuchtbuches verschafft, ist auszuschließen*

# **III. Abschnitt: Mitgliederversammlung**

## **§ 20 Allgemeines**

- 1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Beschlussorgan des Vereins.*
- 2. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig ohne Rücksicht auf die Teilnehmerzahl.*
- 3. In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied, dessen Mitgliedschaftsrechte nicht nach § 14 ruhen, und auch ein Ehrenmitglied eine Stimme. Die Übertragung des Stimmrechts ist ausgeschlossen.*

## **§ 21 Einberufung**

*Mindestens einmal im Jahr, möglichst im ersten Quartal, soll die ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Die Einberufung erfolgt unter Angabe des Versammlungsortes, der Zeit und der Tagesordnung schriftlich durch einfachen Brief an die Mitglieder bis spätestens 4 Wochen vor Versammlungstermin oder durch Einhalten der vorgenannten Frist durch entsprechende Veröffentlichung in den BCD Mitteilungen – Bernhardiner Post. Bei schriftlicher Einladung gilt die an die letzte bekannte Anschrift eines Mitgliedes gerichtete Postsendung als am dritten Tag nach Postaufgabe zugegangen.*

## **§ 22 Anträge**

- 1. Anträge zur Mitgliederversammlung sind spätestens einen Monat vor der Veranstaltung in schriftlicher Form beim Vorstand des Vereins einzureichen. Der Vorstand kann noch während der Versammlung Dringlichkeitsanträge einbringen, über deren Zulassung die Mitgliederversammlung entscheidet. Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt ebenfalls die Mitgliederversammlung. Zur Annahme eines Antrages ist eine Mehrheit von 3/4 der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.*
- 2. Anträge auf Satzungsänderung können während der Mitgliederversammlung nicht gestellt werden. Satzungsänderungen, Anträge auf Änderung der erlassenen Ordnungen und Bestimmungen des Vereins sowie auf Änderung der Beitragshöhe sind nur möglich, wenn den Mitgliedern mit der Tagesordnung zugleich auch die Texte der beabsichtigten Satzungsänderungen und Änderungen der erlassenen Ordnungen sowie der beabsichtigten neuen Beitragshöhe bekannt gegeben worden sind.*

## **§ 23 Leitung, Durchführung**

- 1. Die Mitgliederversammlung wird dem Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden oder einem anderen Vorstandsmitglied geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung den Leiter. Bei Wahlen muss die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlgangs und der vorhergehenden Diskussion einem Wahlausschuss übertragen werden.*
- 2. Alle Punkte der Tagesordnung sind zu behandeln.*

*3. Der Ablauf der Mitgliederversammlung bestimmt sich nach einer von der Mitgliederversammlung zu beschließenden Geschäftsordnung.*

#### **§ 24 Besondere Zuständigkeit**

*Zur besonderen Zuständigkeit der Mitgliederversammlung gehören:*

- 1. Entgegennahme der Geschäftsberichte und sonstigen Erklärungen;*
- 2. Entgegennahme der Rechnungsregelung;*
- 3. Bericht der Kassenprüfer;*
- 4. Billigung/Missbilligung des Haushaltsvorschlages;*
- 5. Entlastung des Vorstandes;*
- 6. Wahl der zwei Kassenprüfer und ihrer Stellvertreter;*
- 7. Wahl der Mitglieder des aus drei Personen bestehenden Ehrenrates und weiterer zwei Stellvertreter der Beisitzer;*
- 8. Wahl von Kommissionen (Kommission für das Zuchtschau-, Zuchtrichter- und Zuchtweisen) einschließlich Vertreter;*
- 9. Wahl von Referenten (für das Zuchtschauwesen, der Hauptzuchtwart) einschließlich Vertreter;*
- 10. Wahl von Ausschüssen für besondere Aufgaben;*
- 11. Satzungsänderungen und Änderungen der Ordnungen; mit Ausnahme der § 30 Abs. 1 Nr. 4;*
- 12. Beschlussfassung über gestellte Anträge;*
- 13. Festsetzung des Beitrages sowie Verabschiedung einer umfassenden Gebühren und Spesenordnung;*
- 14. Verleihung von Auszeichnungen;*
- 15. Ernennung von Ehrenmitgliedern;*
- 16. Genehmigung von vorläufigen Anordnungen und Maßnahmen des Vorstandes.*

## **§ 25 Abstimmung**

- 1. Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen bleiben daher außer Betracht. Bei Stimmgleichheit gilt der entsprechende Antrag als abgelehnt. Zur Änderung der Satzung sowie zur Änderung der Zucht- und Zuchtrichterordnung ist jedoch eine Mehrheit von 2/3 der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Bei Auflösung des Vereins kann nur mit einer Mehrheit von 4/5 der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden. Eine Änderung des Vereinszwecks kann nur mit Zustimmung aller Mitglieder beschlossen werden. Die schriftliche Zustimmung der in der Mitgliederversammlung nicht erschienen Mitglieder kann nur innerhalb eines Monats nach Durchführung der Mitgliederversammlung gegenüber dem Vorstand geklärt werden.*
- 2. Abstimmungen erfolgen durch Abgabe des Handzeichens, sofern nicht die Satzung etwas anderes vorsieht oder die Mitgliederversammlung etwas anders beschließt.*

## **§ 26 Versammlungsprotokoll**

- 1. Die Mitgliederversammlung bestellt den Protokollführer.*
- 2. Der Versammlungsverlauf unter Berücksichtigung aller Punkte der Tagesordnung, die gestellten Anträge, die gefassten Beschlüsse, die Namen der Teilnehmer sowie Ort und Zeit der Versammlung sind im Versammlungsprotokoll festzuhalten. Bei Satzungsänderungen und Änderungen der Zucht und Zuchtrichterordnung ist der genaue Wortlaut anzugeben und der VDH von den Änderungen unverzüglich zu benachrichtigen. Das Versammlungsprotokoll ist vom Versammlungsleiter und vom Protokollführer zu unterzeichnen.*
- 3. Den Teilnehmern der Mitgliederversammlung ist das Protokoll bekannt zu geben. Jeder von ihnen kann innerhalb von einem Monat nach Bekanntgabe Einwände erheben. Einwände und deren Begründung bedürfen der Schriftform. Der Versammlungsleiter nimmt nach Rücksprache mit dem Protokollführer ggf. sachliche Richtigstellungen vor.*
- 4. Das - sachlich richtige - Versammlungsprotokoll ist in dem hierfür vorgesehenen vereins-eigenen Info-Heft zu veröffentlichen.*

## **§ 27 ( Außerordentliche Mitgliederversammlung)**

*Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss einberufen werden, wenn es das Interesse des Vereins erfordert oder wenn die Einberufung von 1/3 aller Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird. Für eine außerordentliche Mitgliederversammlung gelten §§ 20 - 26 entsprechend.*

# ***IV. Abschnitt: Der Vorstand***

## ***§ 28 Gesetzlicher Vorstand, Vertretungsbefugnis***

*1. Der gesetzliche Vorstand (§ 26 Abs. 1 BGB) besteht aus:*

- dem Ersten Vorsitzenden (Vorsitzenden)*
- dem Zweiten Vorsitzenden (Stellvertretenden Vorsitzenden).*

*2. Der gesetzliche Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich (§ 26 BGB). Jedes Vorstandsmitglied ist allein vertretungsbefugt.*

*3. Im Innenverhältnis dürfen hierbei der Zweite Vorsitzende nur bei Verhinderung des Ersten Vorsitzenden, die Geschäftsstelle nur bei Verhinderung des Ersten und Zweiten Vorsitzenden, der Schatzmeister nur bei Verhinderung aller übrigen Mitglieder des gesetzlichen Vorstandes handeln*

## ***§ 29 Der Engere Vorstand***

*1. Der Vorstand im Sinne dieser Satzung ist der Engere Vorstand, soweit nichts anderes bestimmt ist.*

*2. Der Vorstand besteht aus:*

- dem Ersten Vorsitzenden (Vorsitzenden),*
- dem Zweiten Vorsitzenden (Stellvertretenden Vorsitzenden),*
- dem Schatzmeister*

*3. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im allgemeinen in Vorstandssitzungen, die vom Vorsitzenden bei dessen Verhinderung von dem nach § 28 Abs. 3 zuständigen Vertreter schriftlich, fernmündlich oder telegrafisch einberufen werden. In diesem Fall ist eine Einberufungsfrist von drei Tagen einzuhalten.*

*4. Der Vorstand kann jedoch auch nach schriftlicher und fernmündlicher Verständigung Beschlüsse fassen, falls kein Vorstandsmitglied ausdrücklich Erörterung und Beschlussfassung auf einer Vorstandssitzung beantragt.*

*5. Der zur Vorstandssitzung einberufenen Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder, darunter der Vorsitzende oder der Zweite Vorsitzende, anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Entsprechendes gilt, wenn im schriftlichen Verfahren (Abs. 4) abgestimmt wird.*

*6. Die Vorstandssitzung leitet der Vorsitzende, bei dessen Verhinderung der Zweite Vorsitzende. Bei jeder Vorstandssitzung ist eine Niederschrift zu fertigen, in der alle Beschlüsse wortgetreu festzuhalten sind; die Niederschrift hat zudem Ort und Zeit der Vorstandssitzung, die Namen der Teilnehmer und das Abstimmungsergebnis zu enthalten.*

### **§ 30 Aufgaben des Engeren Vorstandes**

*1. Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins; er ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Er hat vor allem folgenden Aufgaben:*

- 1. Vorbereitung der Mitgliederversammlungen und Aufstellung der Tagesordnungen;*
- 2. Einberufung der Mitgliederversammlung;*
- 3. Ausführung des Beschlüsse der Mitgliederversammlung;*
- 4. Angleichung der Satzung und Ordnungen an die VDH-Satzung und VDH-Ordnungen im Sinne § 1 Abs. 3;*
- 5. Aufstellung eines Haushaltsplans für jedes Geschäftsjahr; Buchführung; Erstellung eines Jahresberichts;*
- 6. Beschlussfassung über Aufnahme und Streichung von Mitgliedern;*
- 7. die Einberufung von Kommissionen;*
- 8. die Ernennung und Abberufung von Spezialzuchtrichtern und Zuchtwarten;*
- 9. die Ausführung und Vollstreckung der Beschlüsse des Ehrenrates, bzw. des Schiedsgerichts;*
- 10. die Verleihung von Auszeichnungen;*
- 11. Bestellung des Zuchtbuchführers;*
- 12. Bestellung des Schriftleiters;*
- 13. Bestellung eines Leiters der Geschäftsstelle;*
- 14. der Erlass von Geschäftsordnungen für Kommissionen, Referenten, Ausschüsse, Amtsträger und sonstige Zwecke, soweit nicht hierzu nach der Satzung die Mitgliederversammlung berufen ist;*
- 15. die Bestellung von Ausschüssen für besondere Zwecke vorbehaltlich der Bestätigung durch die Mitgliederversammlung;*
- 16. Verhängung von Zuchtverbot und Zuchtbuchsperr;*
- 17. Verhängung von befristetem oder dauerndem Verbot der Tätigkeit als Zuchtrichter.*

### **§ 31 Vorläufige Anordnungen und Maßnahmen**

- 1. Der Vorstand ist befugt, vorläufige Anordnungen und Maßnahmen zu treffen, die der Mitgliederversammlung obliegen. Hierzu gehören u. a. notwendige Änderungen der Zucht- und Zuchtrichterordnung nach vorheriger Anhörung der zuständigen Kommissionen und deren Zustimmung.*
- 2. Die vorläufigen Maßnahmen und Anordnungen bedürfen zu ihrer endgültigen Wirksamkeit der nachträglichen Genehmigung durch die nächste Mitgliederversammlung.*
- 3. Vom Vorstand beschlossene vorläufige Änderungen der vorgenannten Ordnungen sind dem VDH unverzüglich bekannt zugeben.*

### **§ 32 Erweiterter Vorstand**

- 1. Der erweiterte Vorstand besteht aus:*
  - 1. dem Engeren Vorstand*
  - 2. dem Geschäftsführer*
  - 3. dem Zuchtbuchführer*
  - 4. dem Vorsitzenden der Zuchtrichterkommission*
- 2. Die Sitzungen des Erweiterten Vorstandes haben jährlich stattzufinden. Über die Erweiterte Vorstandssitzung ist eine Niederschrift aufzunehmen, die Ort, Zeit der Vorstandssitzung, Zahl der Teilnehmer, die gefassten Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis enthalten muss.*

# **V. Abschnitt: Wahlen**

## **§ 33 Allgemeines**

- 1. Amtsträger des Vereins werden nach den folgenden Vorschriften dieses Abschnitts gewählt, soweit sich aus der Satzung nichts anderes ergibt. Amtsträger müssen Mitglieder des Vereins sein.*
- 2. Die Amtszeit ist zeitlich begrenzt. Wiederwahl ist jedoch zulässig. Bei vorzeitigem Ausscheiden des Amtsträgers mit begrenzter Amtszeit hat sobald wie möglich eine Neuwahl für die noch ausstehende Amtszeit zu erfolgen. Bis zu diesem Zeitpunkt kann der Vorstand ein anderes Vereinsmitglied kommissarisch mit dem Amt betrauen, soweit nicht § 34 Abs. 1 entgegensteht.*

## **§ 34 Wahl des Vorstandes**

- 1. Die Mitglieder des Ehrenrates (einschließlich der Stellvertreter) werden für die Dauer von drei Jahren gewählt.*
- 2. Der Ehrenrat entscheidet unter dem Vorsitz einer rechtserfahrenen Person. Er besteht aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern.*

## **§ 36 Wahl der Mitglieder der Zuchtkommission**

- 1. Die Mitglieder der Zuchtkommission werden für die Dauer von drei Jahren gewählt.*
- 2. Die Zuchtkommission besteht aus dem Vorsitzenden (Zuchtobmann), dem Leiter des Zuchtbuchamtes und den Zuchtwarten.*

## **§ 37 Wahl der Zuchtrichterkommission**

- 1. Die Mitglieder der Zuchtrichterkommission werden für die Dauer von drei Jahren gewählt.*
- 2. Die Zuchtrichterkommission besteht aus dem Vorsitzenden und zwei Beisitzern.*
- 3. Der Vorsitzende sowie die beiden Beisitzer müssen in Besitz eines gültigen VDH-Richterausweises und ausbildungsberechtigt sein.*
- 4. Kann die Zuchtrichterkommission auf Grund Absatz 3 nicht bestellt werden, obliegt die Zulassung, Ausbildung, Schulung und Prüfung der Zuchtrichteranwärter dem VDH.*

## **§ 38 Wahl des Referenten für das Zuchtschauwesen**

*- entfällt -*

### ***§ 39 Wahl von Ausschüssen für besondere Aufgaben***

*- entfällt -*

### ***§ 40 Wahl der Kassenprüfer***

*Für die Dauer von drei Jahren werden zwei Kassenprüfer und ihre beiden Stellvertreter gewählt.*

### ***§ 41 Wahl per Handzeichen***

*Mit Ausnahme der Mitglieder des Vorstandes können die übrigen Amtsträger per Handzeichen gewählt werden, soweit die Mitgliederversammlung dies mit einer 2/3 Mehrheit der abgegeben gültigen Stimmen beschließt.*

# ***VI. Abschnitt: Vereinsstrafen***

## ***§ 55 Vereinsstrafen***

*1. Vereinsstrafen wegen Verstöße gegen § 19 sind:*

- 1. Ausschluss*
- 2. Geldbußen von 100,- bis 1.000,- €*
- 3. Verweis*
- 4. Verwarnung*
- 5. Amtsenthebung*

*Auf Amtsenthebung kann auch neben einer Vereinsstrafe nach Ziff 1. bis 4 erkannt werden.*

*2. Bis zur Einrichtung einer unabhängigen Ehrengerichtsbarkeit nach Maßgabe des § 6 Abs. 4 der Satzung des VDH ist der VDH-Ehrenrat ausschließlich erstinstanzlich zur Entscheidung über die Verhängung von Vereinsstrafen zuständig. In einem solchen Fall richtet sich das Verfahren nach § 7 der Satzung des VDH sowie nach der Ehrenrats- wie Schiedsgerichtsordnung des VDH.*

*3. Mit der Einrichtung einer unabhängigen Ehrengerichtsbarkeit nach Maßgabe des § 6 Abs. 4 der Satzung des VDH ist für die Entscheidung über die Verhängung von Vereinsstrafen des Ehrenrat des Vereins zuständig. In diesem Fall richtet sich das Ehrenratsverfahren nach einer von der Mitgliederversammlung zu beschließenden Ehrenratsordnung, die ihrem wesentlichen Inhalt nach der Ehrenratsordnung des VDH nachgebildet ist und die neben der eigentlichen Verfahrensgestaltung Bestimmungen zur Wiedereinsetzung, Wiederaufnahme, Vollstreckung, zum Gnadenerweis, zur Akteneinsicht und Aktenaufbewahrung, über Art und Umfang der Verfahrenskosten, zur Kostenfestsetzung und zur Verpflichtung zur Vorschusszahlung enthält.*

# VII. Abschnitt: Ehrenrat

## § 56 Ehrenrat

- 1. Die Zusammensetzung des Ehrenrates und die Wahl seiner Mitglieder ergibt sich aus § 35.*
- 2. Der Ehrenrat ist auch zur Entscheidung in anderen Streitfällen zuständig. Bei der Verhängung eines Tätigkeitsverbotes als Zuchtrichter bzw. eines Zuchtverbotes und/oder Zuchtbuchsperrung gilt jedoch folgendes: Zuständig für die Verhängung ist der Vereinsvorstand. Gegen dessen Entscheidung steht dem Zuchtrichter bzw. Züchter der Einspruch an den Ehrenrat binnen vier Wochen nach Zustellung der belastenden Entscheidung zu. Die Entscheidung des Ehrenrates über dies Einspruch ist unanfechtbar; insoweit ist auch der ordentliche Rechtsweg ausgeschlossen.*
- 3. Im übrigen ist die Entscheidung des Ehrenrates mit der Berufung anfechtbar. Berufungsgericht ist der VDH-Ehrenrat. Dessen Entscheidungen sind unanfechtbar. Der Rechtsweg zur ordentlichen Gerichtsbarkeit ist ausgeschlossen. Das Berufungsverfahren vor dem VDH-Ehrenrat richtet sich nach der VDH-Ehrenratsordnung, die Gegenstand dieser Satzung ist.*
- 4. Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Anrufung des Ehrenrates des VDH ist in jedem Fall die Zahlung eines Kostenvorschusses, der Höhe nach durch die VDH-Satzung bestimmt wird und derzeit 500,- € beträgt. Zulässigkeitsvoraussetzung für die Anrufung des Ehrenrates des Vereins ist die Zahlung eines Kostenvorschusses in Höhe von 200,- DM; das gilt allerdings nicht, wenn der Vorstand des Vereins den Ehrenrat des Vereins anruft.*
- 5. Soweit der VDH-Ehrenrat erstinstanzlich entscheidet (§ 55 Abs. 2, § 56 Abs. 2), ist seine Entscheidung außer im Falle des Ausschlusses unanfechtbar. Im Falle des Ausschlusses steht dem betroffenen Mitglied die Berufung zum VDH-Schiedsgericht zu, das unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges abschließend entscheidet.*
- 6. Zulässigkeitsvoraussetzung für die Anrufung des VDH-Schiedsgerichts als Berufungsgericht ist die Zahlung eines Kostenvorschusses, der der Höhe nach durch die VDH-Schiedsgerichtsordnung bestimmt wird. Das Verfahren vor dem VDH-Schiedsgericht richtet sich nach der VDH-Schiedsgerichtsordnung, die Gegenstand dieser Satzung ist.*
- 7. Die Mitglieder der Ehrenrates erhalten keine Vergütung für ihre Tätigkeit, jedoch Ersatz der Aufwendungen für ihre notwendigen Auslagen gemäß der durch den Vorstand festgelegten Spesensätze. Entsprechendes gilt für die Erstattung von Auslagen der Zeugen und Sachverständigen und anderer vom Ehrenratsvorsitzenden zur Durchführung des Ehrenratsverfahrens herangezogener Personen. Verfahrenskosten sind in entsprechender Anwendung der §§ 91, 91 a, 92, 93, 95, 96, 97 Abs. 1 und 2, 98, 100 der Zivilprozessordnung (ZPO) von den Parteien des Ehrenratsverfahrens zu tragen.*

*Eine Anfechtung der Kostenentscheidung findet nicht statt, wenn nicht gegen die Entscheidung in der Hauptsache Rechtsmittel eingelegt wird. Entsprechendes gilt hinsichtlich der Streitwertfestsetzung.*

### **§ 57 Unabhängigkeit/Vollstreckung**

- 1. Die Mitglieder des Ehrenrates sind in ihrer Entscheidung unabhängig. Sie sind in Disziplinarangelegenheiten (Vereinsstrafen) an die gestellte Anträge nicht gebunden.*
- 2. Rechtskräftige bzw. unanfechtbare Entscheidungen des Ehrenrates sind vom Vorstand zu vollstrecken.*

### **§ 58 Berufung**

*Soweit nach dieser Satzung gegen die Entscheidungen des Ehrenrates des Vereins und/oder des VDH-Ehrenrates Berufung möglich ist, ist die Berufung innerhalb eines Monats nach Zustellung der Schriftlich abgefassten Entscheidung einzulegen und der entsprechende Kostenvorschuss fristgerecht einzuzahlen. Zur Zulässigkeit der Berufung gehört der Nachweis, dass innerhalb der Berufungsfrist der für das Berufungsgericht erforderliche Kostenvorschuss eingezahlt ist.*

### **§ 59 Bekanntmachung, Veröffentlichung**

*Rechtskräftige/unanfechtbare Entscheidungen des Ehrenrates sind nach Maßgabe des Vorsitzenden des Ehrenrates in der Vereinszeitung bekannt zu machen bzw. zu veröffentlichen. Rechtskräftige/unanfechtbare Entscheidungen des VDH-Ehrenrates können nach Maßgabe des Vorsitzenden des VDH-Ehrenrates in der BCD Mitteilung –Bernhardiner Post veröffentlicht werden; entsprechendes gilt für Entscheidungen des VDH-Schiedsgerichtes. Eine Anrufung der ordentlichen Gerichte steht der Bekanntmachung und Veröffentlichung nicht entgegen.*

# ***VIII. Abschnitt: Vereinsvermögen***

## **§ 60 Verwaltung**

- 1. Das Vereinsvermögen wird vom Schatzmeister (Kassenwart) verwaltet.*
- 2. Die Bestimmung über die Verwendung des Vereinsvermögens trifft der Vorstand, soweit die Mitgliederversammlung nicht im Einzelfall etwas anderes bestimmt. Der Vorstand ist der Mitgliederversammlung jährlich zur Rechenschaft über die Verwendung des Vereinsvermögens verpflichtet.*
- 3. Der Schatzmeister ist verpflichtet, den Vorstand jederzeit über den Stand des Vermögens zu unterrichten. Der Vorstand hat den Schatzmeister bei allen finanziellen Angelegenheiten vorher zu hören.*

## **§ 61 Kassenprüfung**

- 1. Die Kassenführung des Vereins ist nach Abschluss des Geschäftsjahres durch die Kassenprüfer zu prüfen. Die Prüfung erfasst auch die Einhaltung eventueller bestehender Bilanzierungspflichten nach dem Steuerrecht.*
- 2. Über die Prüfung ist ein Protokoll anzufertigen, das von den Kassenprüfern zu unterschreiben und in der Mitgliederversammlung bekannt zu geben ist. Zusammen mit dem sachlich richtigen - Versammlungsprotokoll (§26) ist dieses Protokoll der Kassenprüfer in dem hierfür vorgesehenen vereinseigenen Info-Heft Vereinszeitung zu veröffentlichen.*

# ***IX. Abschnitt: Schlussbestimmungen***

## ***§ 62 Auflösung***

- 1. Wird die Auflösung des Vereins beschlossen, so hat der Vorstand die laufenden Geschäfte zu beenden*
- 2. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall der steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen an die  
Gesellschaft zur Förderung Kynologischer Forschung e.V. (kurz: GKF) Sitz Bonn  
Postfach 140535 in 53058 BONN  
die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.*

## ***§ 63***

*Diese Satzung wurde am 21.03.2010 beschlossen. Sie tritt mit der Eintragung ins Registergericht in Kraft.*